

# Sozialismus.de

Heft 2-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



**Steffen Lehndorff:**  
Gewerkschaften in Europa  
**Gerhard Wick/Otto König:**  
Freie Tage sind der Renner

**Beiträge u.a. von**

Christine Rudolph, Philipp  
Oswald, Dierk Hirschel, Hinrich  
Kuhls, Alban Werner, Florian  
Wilde, John P. Neelsen, Armin  
Duttine, Joachim Bischoff

**Forum  
Gewerkschaften**

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

## Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

### (K)ein Beispiel für Privatisierung?



Die Berliner Schulbauoffensive (BSO) als größtes Investitionsvorhaben der rot-rot-grünen Landesregierung ist mit einer konfliktreichen Auseinandersetzung belastet, vorgeworfen wird ihr, sie sei mit »Privatisierung« verbunden, was die Regierung zurückweist. ...

### Der lange Kampf



Zum 1. Januar 1919 wurde Realität, wofür die Arbeiterbewegung lange gekämpft hatte: der Acht-Stunden-Tag. Die Kämpfe um die Normierung der Arbeitszeit begleiten die Gewerkschaftsbewegung seit ihrer Entstehung; sie sind Ausdruck der inneren Bewegungsgesetze des Kapitalismus. ...

### Halbzeit



Am 20. Januar 2017 trat der Immobilienmilliardär und Showmaster Donald Trump das Amt als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika an – und trotz vielfältiger Skandale ist seine politische Macht bis heute unerschüttert. ...

### Großbritannien: Geschüttelt, nicht gerührt

Hinrich Kuhls: Ein Königreich am Abgrund  
Verworrene Fronten im Kampf gegen den Chaos-Brexit ..... 2

### Die Gesellschaftsreform und ihre Triebkräfte

Dierk Hirschel: Die Hoffnung stirbt zuletzt  
Der Niedergang der SPD und was ihn aufhalten könnte ..... 8

Alban Werner: Zwei Schritte zurück, ein Schritt nach vorn. Über die Schwierigkeit, aus dem »Gedankengefängnis« von Hartz IV auszubrechen ..... 12

Christine Rudolf: Frauenstreik, wofür? ..... 17

### Schauplätze der Weltkonjunktur

Joachim Bischoff: Sind die fetten Jahre vorbei?  
Das Ende der Prosperität ..... 21

John P. Neelsen: Indien – Global Player der Dritten Welt  
Vom Armenhaus zum Schwellenland und zukünftiger Weltwirtschaftsmacht ... 27

### Soziale Mobilisierung in Westeuropa

Armando Fernández Steinko: Spanien zwischen sozialer und nationaler Agenda 35

Armin Duttine: Die Gelbwesten in Frankreich – Fortschritt oder Rückschritt? .. 39

## Forum Gewerkschaften

Steffen Lehndorff: Verschiedene Welten, ähnliche Herausforderungen  
Europäische Gewerkschaften in Krisenzeiten ..... 44

Gerhard Wick/Otto König: Freie Tage sind der Renner  
Metall- und Elektroindustrie: Hunderttausende für mehr Zeitsouveränität statt tariflichem Zusatzentgelt ..... 51

Otto König/Richard Detje: Der Wind hat sich gedreht  
Windkraftindustrie in der Flaute – IG Metall fordert »Schluss mit dem Kahlschlag in der Windbranche« ..... 54

Florian Wilde: Machtaufbau durch Organizing  
Erfahrungen aus den USA inspirieren auch deutsche Gewerkschaften ..... 57

### Lebensweisen

Karl Georg Zinn: Übervölkerung unter Verschweigegebot? Klimawandel, demografische Entwicklung und »imperiale Lebensweise« ..... 61

Philipp Oswald: Die verschwiegenen Bauhaus-Krisen ..... 64

### Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum ..... 63

Veranstaltungen & Tipps ..... 68

Marion Fisch: Fahrenheit 11/9 (Filmkritik) ..... 69

### Supplement

Friedrich Steinfeld

### Der Nahe und Mittlere Osten als weltpolitisches Pulverfass

Europa muss sich außenpolitisch neu aufstellen

# Die Hoffnung stirbt zuletzt

Der Niedergang der SPD und was ihn aufhalten könnte

von ■ Dierk Hirschel

Der freie Fall der SPD setzt sich fort. Nach den letzten schweren Wahlniederlagen in Bayern und Hessen stürzen die Genossen weiter ab. Nach jüngsten Umfragen will nur noch jede/r siebte Wähler\*in für die ehemalige linke Volkspartei stimmen. Für die kommenden Europa- und Bremer Bürgerschaftswahlen gibt es wenig Hoffnung auf eine Trendwende. Aus der Krise ist eine Dauerkrise geworden.

Die SPD-Chefin Andrea Nahles versucht mit aller Kraft den Niedergang zu stoppen. Dafür soll zunächst das Erscheinungsbild der Großen Koalition verbessert werden. Das wollen auch ihre konservative Amtsschwester Annegret Kramp-Karrenbauer und der neue CSU-Vorsitzende Markus Söder, denen der offen ausgetragene Asylstreit nur geschadet hat. Zudem soll das Profil der roten Regierungsmannschaft geschärft werden. Deswegen stellen die

sozialdemokratischen Minister\*innen ihre Gesetzesinitiativen ins Schaufenster (Sozialer Arbeitsmarkt, Qualifizierungschancengesetz, Gute-KiTa-Gesetz, Starke-Familien-Gesetz etc.).

Gleichzeitig streitet Nahles für die Erneuerung der Partei – mit Debattencamps, Diskussionsforen und Steuerungsgruppen. Anfang November letzten Jahres hat die SPD-Vorsitzende eine Grundsatzdebatte über die Zukunft des Sozialstaates losgetreten. Auf einem Debattencamp kündigte sie an, Hartz IV überwinden zu wollen und eine große Sozialstaatsreform in Angriff zu nehmen.<sup>1</sup> Der Sozialstaat soll künftig aus der Perspektive derjenigen gestaltet werden, die den Sozialstaat brauchen. Nahles will, dass weniger Menschen auf Grundsicherung angewiesen sind. Deshalb soll die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung verbessert und ein Rechtsanspruch auf berufliche Weiter-

bildung geschaffen werden. Geringverdienende Beschäftigte sollen mehr Netto vom Brutto bekommen und der Mindestlohn soll steigen. Zudem soll das Wohngeld erhöht und eine eigenständige Kindergrundsicherung eingeführt werden. Mithilfe eines sozialen Arbeitsmarktes soll künftig Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanziert werden. Darüber hinaus sollen das Schonvermögen erhöht und die Sanktionen entschärft werden. Das Existenzminimum darf nicht mehr infrage gestellt werden.

Das sind neue Töne. Die SPD-Chefin fordert erstmals keine kleinen Reformen im Hartz-IV-System, sondern eine Reform am System. Wenn das ernst gemeint ist, käme das einem Paradigmenwechsel sozialdemokratischer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gleich. Denn das bisherige Sanktionsregime, die verschärften Zumutbarkeitsregeln und die niedrigen Regelsätze machen Hartz IV



Am 20.1.2018 vor der Parteitagshalle in Bonn (Foto: dpa)

zu einer wichtigen institutionellen Stütze des heimischen Niedriglohnsektors. Wer heute seinen Job verliert, dem droht nach kurzer Zeit der Sturz in den Armuts Keller. Das macht ganze Belegschaften erpressbar. So wird gewerkschaftliche Verhandlungsmacht massiv geschwächt. Nur eine Reform am System kann das ändern.

Der öffentlich ausgetragene innerparteiliche Streit über Nahles sozialpolitischen Aufschlag zeigt aber beispielhaft, warum die SPD gegenwärtig nicht in der Lage ist, ihre Krise zu überwinden. Wenige Tage nach dem inhaltlichen Aufschlag der SPD-Vorsitzenden kritisierte der Chef der Bundesarbeitsagentur Detlef Scheele die Forderung nach einer Abschaffung von Hartz IV als brandgefährlich. »Man sollte aufhören, das System schlecht zu reden«, so der ehemalige rote Hamburger Sozialsenator.<sup>2</sup> Ebenfalls zu Wort meldete sich Arbeitsminister Hubertus Heil. Auch er möchte Hartz IV nicht abräumen. Er fordert stattdessen die Abschaffung unwürdiger Sanktionen und eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes.<sup>3</sup> Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil warnte ebenso vor einer Systemreform. Seiner Auffassung nach hätten sich wesentliche Teile von Hartz IV bewährt und sollten nicht wirklich infrage gestellt werden.<sup>4</sup>

Der für die Sozialdemokratie so wichtige Bruch mit der Agenda-Politik stößt beim eigenen Spitzenpersonal immer noch auf massiven Widerstand. Zwar können unterschiedliche, teils sogar gegensätzliche Standpunkte die Integrationskraft großer Volksparteien stärken. Aktuell weiß aber die Mehrheit der Bevölkerung nicht, was die SPD überhaupt will. Der Gesundheitszustand der Sozialdemokratie ist so schlecht, dass inhaltliche Unklarheit das eigene Überleben gefährdet. Dabei würde die angekündigte große Sozialstaatsreform noch früh genug zwischen die Mühlsteine der Realpolitik geraten. Denn der konservative Koalitionspartner wird in den nächsten zwei Jahren bestenfalls kosmetische Korrekturen am Hartz-IV-System mittragen. Die heftigen Querschüsse aus den eigenen Reihen drohen Nahles Strategie, ein produktives Spannungsverhältnis zwischen sozialdemo-

kratischer Realpolitik und programmatischer Erneuerung herzustellen, wieder zunichtezumachen.<sup>5</sup>

## **Erblast Agenda 2010**

Die Krise der Sozialdemokratie wurzelt in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Schröder-Regierung. Damals brach die SPD mit ihrer fortschrittlichen, emanzipatorischen, sprich reformistischen Tradition. Die politische Entwertung und Entgrenzung menschlicher Arbeit hinterließ tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis sozialdemokratischer Arbeitnehmermilieus. Die politische Förderung schlecht entlohnter und unsicherer Arbeit, Hartz IV und die Rentenkürzungen verletzten das Gerechtigkeitsempfinden vieler ehemaliger Stammwähler. Oder mit den Worten des SZ-Journalisten Heribert Prantl: Für viele alte SPD-Wähler und viele SPD-Sympathisanten war die Agenda 2010 eine Austrittserklärung der SPD aus ihrer eigenen Geschichte als Partei der kleinen Leute.<sup>6</sup>

Seitdem wird die Sozialdemokratie nicht mehr als natürlicher Anwalt der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten wahrgenommen. Unternehmensberater sprechen in einem solchen Fall vom Verlust der Kernkompetenz oder des Markenkerns. Vorbei sind die Zeiten, als die deutsche Sozialdemokratie noch als Gesamtbetriebsrat der Republik galt. Heute traut nicht einmal jeder Dritte der alten Tante SPD in Gerechtigkeitsfragen noch etwas zu.

Weder die inhaltliche Neuaufstellung der Sozialdemokratie bei den Bundestagswahlen 2013 noch ihre soziale Handschrift in der Großen Koalition konnten das verlorene Vertrauen zurückgewinnen. Kein Wunder! Zerstörtes Vertrauen aufzubauen, braucht Zeit. Zudem werden die Enkel Willy Brandts immer wieder von ihrer eigenen Vergangenheit eingeholt. Da die Genoss\*innen seit 1998 bis auf eine kurze Auszeit (2009 bis 2013) mitregieren, haben sie viele soziale Missstände, die sie heute anprangern, selbst zu verantworten. Darüber hinaus leistet sich die SPD seit ihrem inhaltlichen Neustart politische Parallelwelten. Der Gerechtigkeitsdiskurs steht im eklatanten Widerspruch

zum Agenda-Diskurs. Die Parteiführung hat eine offene innerparteiliche Auseinandersetzung über die Agenda-Politik aus Angst vor den Risiken und Nebenwirkungen immer vermieden. Das rächt sich.

Der Streit ist keine ideologische Spiegelfechterei. Die Haltung zur Agenda-Politik bringt – bewusst oder unbewusst – einen wirtschaftstheoretischen und -politischen Standpunkt zum Ausdruck. Wer an das Jobwunder-Märchen (Agenda 2010 als Wachstums- und Beschäftigungsmotor) glaubt, schluckt zentrale neoliberale Deutungs- und Argumentationsmuster – sehr zur Freude der Wirtschaftseliten.<sup>7</sup> Wer befürchtet, dass ein verkrusteter Arbeitsmarkt oder höhere Steuern und Sozialabgaben der Wirtschaft schaden, der kann sich nicht für eine umfassende Re-Regulierung des Arbeitsmarktes und einen Ausbau des Sozialstaates begeistern.

## **Erneuerung mit arbeitnehmerorientierter Politik**

Die SPD muss sich an Rumpf und Gliedern erneuern. Die Partei braucht wieder ein reformpolitisches Konzept. Dafür müssen zunächst neoliberale Deutungs- und Argumentationsmuster entsorgt werden. Ein Paradigmenwechsel tut not.

*Dierk Hirschel* ist Mitglied der SPD-Grundwertekommission und Gewerkschaftssekretär bei ver.di.

<sup>1</sup> Andrea Nahles: Für eine große Sozialstaatsreform, FAZ vom 17.11.2018.

<sup>2</sup> Interview mit Detlef Scheele, Spiegel Online vom 18.11.2018; [www.spiegel.de/wirtschaft/hartz-iv-debatte-man-sollte-aufhoeren-das-system-schlecht-zu-reden-a-1238950.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/hartz-iv-debatte-man-sollte-aufhoeren-das-system-schlecht-zu-reden-a-1238950.html).

<sup>3</sup> Tagesspiegel vom 24.11.2018; [www.tagesspiegel.de/politik/bundesarbeitsminister-hubertus-heil-nicht-jede-mitwirkungspflicht-bei-hartz-iv-aufheben/23676904.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/bundesarbeitsminister-hubertus-heil-nicht-jede-mitwirkungspflicht-bei-hartz-iv-aufheben/23676904.html).

<sup>4</sup> Spiegel Online vom 19.11.2018; [www.spiegel.de/politik/deutschland/stephan-weil-warnt-vor-kompletter-abschaffung-von-hartz-iv-a-1239307.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/stephan-weil-warnt-vor-kompletter-abschaffung-von-hartz-iv-a-1239307.html).

<sup>5</sup> Erschwerend kommt hinzu, dass die Bundestagsabgeordneten aus NRW, Niedersachsen und Bremen durch eine gemeinsame Klausurtagung Anfang Januar die Autorität der Fraktionsvorsitzenden Nahles ganz offen untergraben haben. Das auf der Tagung diskutierte Positionspapier trug ironischerweise den Titel »Neue Stärke«.

<sup>6</sup> Heribert Prantl: Schulz hackt die Agenda 2010 entzwei, Süddeutsche Zeitung vom 21.02.2017.

<sup>7</sup> Dierk Hirschel: Die Risiken des deutschen Zaubertranks, FAZ vom 7.1.2013.

Andrea Nahles forderte letztes Jahr  
recht, dass Sozialdemokraten wie-  
der lernen müssen, den Kapitalismus zu  
verstehen und, wo nötig, ihn scharf zu  
kritisieren. Im Mittelpunkt sollte dabei  
die Analyse und Kritik der Macht- und  
Ungleichheitsstrukturen des Kapitalis-  
mus stehen. Das gilt besonders für ein-  
nen Finanzmarktkapitalismus, der krisen-  
anfälliger, ungleicher, umwelt- und  
demokratiefeindlicher ist als sein Rhein-  
ischer Vorgänger.

Die wichtigste Aufgabe einer sozial-  
demokratischen Partei ist noch immer  
die Verbesserung der Arbeits- und Le-  
bensbedingungen der arbeitenden Be-  
völkerung. Das war und ist die DNA des  
sozialdemokratischen Reformismus. So-  
zialdemokratische Politik muss arbeit-  
nehmerorientierte Politik sein. Sozi-  
aldemokraten sollten konsequent für  
sichere, gesunde und tariflich entlohnte  
Arbeit – gute Arbeit – streiten und die  
Lebensrisiken der Beschäftigten mit  
Hilfe des Sozialstaats minimieren. Das  
erfordert eine höhere Tarifbindung, die  
Eindämmung von Niedriglöhnen und  
prekärer Beschäftigung sowie eine Le-  
bensstandardsicherung bei Arbeitslosig-  
keit, Rente, Invalidität und Krankheit.  
Ferner muss die SPD fortschrittliche  
Antworten auf den Wandel der Arbeits-  
welt – Arbeit der Zukunft – durch Di-  
gitalisierung, neue Geschlechterrollen,  
demografischen Wandel und Migration  
geben. Hier geht es u.a. um die Aufwer-  
tung von Dienstleistungsarbeit, Arbeits-  
zeitsouveränität, Qualifizierung und  
Humanisierung der Arbeit.

Eine solche arbeitnehmerorientierte  
Politik trifft natürlich auf den Wider-  
stand mächtiger Wirtschafts- und Kapi-  
talinteressen. In der Arbeitsmarkt- und  
Sozialpolitik geht es immer um Macht-  
und Verteilungsfragen. Auf dem Ar-  
beitsmarkt begegnen sich Beschäftigte  
und Arbeitgeber nicht auf Augenhöhe.  
Dieses Machtungleichgewicht kann nur  
durch gewerkschaftliche Organisierung,  
durch Tarif- und Arbeitsrecht, durch  
Mitbestimmungsrechte sowie soziale Si-  
cherheit ausgeglichen werden.

Die Stärkung der Durchsetzungs-  
macht der abhängig Beschäftigten war  
einmal eine große historische Leistung  
der Sozialdemokratie. Starke Gewerk-  
schaften und ein arbeitnehmerfreund-

liches Regelwerk waren und sind das  
beste Rezept gegen die Ungleichheit. An  
diese Tradition muss die SPD wieder  
anknüpfen.

## **Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik**

Doch damit nicht genug. Die Sozialde-  
mokratie braucht auch eine Erneue-  
rung ihres ökonomischen Denkens. In  
der Partei Kautskys, Bernsteins, Hil-  
ferdings und Schillers gab es in diesem  
Jahrtausend keine ernstzunehmende  
wirtschaftspolitische Debatte mehr.  
Fast zwangsläufig orientiert sich die alte  
Tante SPD am ökonomischen Main-  
stream und greift immer wieder in des-  
sen angebots- und ordnungspolitische  
Mottenkiste. Wirtschaftskompetenz be-  
steht aber nicht darin, den Ratschlägen  
und Empfehlungen des örtlichen Spar-  
kassenvorsitzenden, Baulöwen oder  
Start-up-Unternehmers blind zu folgen.  
Die SPD braucht in ökonomischen Fra-  
gen wieder mehr Keynes und weniger  
Erhard. Den Genossen fehlt bis heute  
eine gesamtwirtschaftliche Perspektive.

Sozialdemokratische Wirtschafts-  
politik muss wieder Verantwortung für  
Wachstum, Vollbeschäftigung und sozi-  
ale Sicherheit übernehmen. Der Güter-  
und nicht der Arbeitsmarkt entschei-  
det darüber, wie sich die Beschäftigung  
entwickelt. Deswegen ist eine Steuerung  
der effektiven Nachfrage durch Finanz-  
geld- und Lohnpolitik von zentraler Be-  
deutung.

Erforderlich ist auch ein Umdenken  
bei den Staatsfinanzen. Ein Staatshaus-  
halt darf nicht geführt werden wie der  
Privathaushalt der schwäbischen Haus-  
frau. Schulden sind kein Teufelszeug.  
Entscheidend ist immer, wofür die Kre-  
dite verwendet werden. Schwarze Null  
und Schuldenbremsen verhindern hin-  
gegen Investitionen. Sozialdemokra-  
ten sollten die staatliche Einnahmeha-  
stärken. Höhere Steuern und Abgaben  
sind, entgegen der Behauptung wirt-  
schaftsliberaler Elfenbeinturmbewoh-  
ner, kein Wachstums- und Jobkiller.  
Im Gegenteil: Die erweiterten Finanzie-  
rungsspielräume könnten genutzt wer-  
den, um in die Zukunft zu investieren  
und die Daseinsvorsorge auszubauen.  
Gleichzeitig würde eine stärkere Besteu-

erung hoher Einkommen und Vermö-  
gen die Ungleichheit reduzieren und so  
Wachstum und Beschäftigung fördern.

Erst ein handlungsfähiger Staat kann  
die Produktivkräfte des Kapitalismus  
weiterentwickeln und den Strukturwan-  
del aktiv gestalten. Digitalisierung, Ver-  
kehrs- und Energiewende dürfen nicht  
sozial und ökologisch blinden Märk-  
ten überlassen werden. Industrie- und  
Dienstleistungspolitik kann Richtung  
und Tempo der Veränderung vorgeben  
sowie ökologische Nachhaltigkeit und  
gute Arbeit verbinden.

## **Der Nationalstaat ist handlungs- fähig**

Eine solche fortschrittliche Politik ist  
auch in Zeiten der Globalisierung und  
Digitalisierung machbar. Der Natio-  
nalstaat kann sein Wohlfahrtsverspre-  
chen noch immer einlösen. Das zeigt  
ein kurzer Blick in unsere Nachbarlän-  
der. In Belgien, Schweden, Dänemark,  
Finnland und Österreich wurden die Ar-  
beitsmärkte nicht dereguliert. Die Ge-  
werkschaften haben dort weiterhin eine  
starke Durchsetzungsmacht. In Brüs-  
sel, Wien, Kopenhagen und Stockholm  
verhandeln sie für 80 bis 100% der Be-  
schäftigten. Die Zahl der schlecht ent-  
lohnten und prekär Beschäftigten hält  
sich in Grenzen. Gleiches gilt für die  
Rentenpolitik. Österreich hielt an der  
Lebensstandardsicherung der gesetz-  
lichen Rente fest. Das Rentenniveau  
wurde nicht gesenkt, eine Teilprivatisie-  
rung verhindert. Zudem wurde die Ren-  
tenversicherung zu einer Erwerbstätigen-  
versicherung ausgebaut. Deswegen ist  
das gesetzliche Rentensystem der Al-  
penrepublik heute leistungsfähiger als  
die deutsche Rentenversicherung.

Auch in der Finanz- und Steuerpoli-  
tik gibt es noch große nationale Hand-  
lungsspielräume. Gute Schuldner mit  
einer starken und großen Volkswirt-  
schaft im Rücken – wie beispielsweise  
Deutschland – können weiterhin eine  
antizyklische Konjunkturpolitik ma-  
chen, ohne befürchten zu müssen, durch  
hohe Zinsen und Kapitalflucht abge-  
straft zu werden. Zudem kann der Na-  
tionalstaat auch in einer global vernetzten  
Wirtschaft steuerpolitisch umverteilen.  
Die verbesserte Transparenz internati-

onaler Kapitalströme – weniger Steuer-  
erosen, automatischer Informations-  
austausch, etc. – macht eine stärkere  
nationale Besteuerung von Gewinnen,  
hohen Einkommen und Vermögen mög-  
lich. Selbst die Gewinnverlagerungen in-  
ternationaler Konzerne könnten durch  
nationale Quellensteuern gekontert wer-  
den.

Natürlich muss sozialdemokratische  
Politik in Zeiten enger globaler Ver-  
flechtungen auch europäisch und inter-  
national ausgerichtet sein. Ein demo-  
kratisches und soziales Europa braucht  
eine europäische Wirtschaftsregierung,  
ein gemeinsames Schuldenmanage-  
ment, eine Koordination der nationalen  
Sozial- und Lohnpolitiken und besser  
regulierte Finanzmärkte. Diese wün-  
schenswerten europäischen Reformen  
dürfen aber kein Ersatz für national-  
staatliches Handeln sein. Solange das  
sozialdemokratische Himmelreich eines  
sozialen Europas noch in weiter Ferne  
liegt, muss der nationale Wohlfahrts-  
staat für wirtschaftliche Prosperität und  
soziale Gerechtigkeit sorgen.

## Reale Utopien

Diese ersten pragmatischen Schritte rei-  
chen aber nicht aus. Wenn die SPD die  
Deutungshoheit linker Politik zurücker-  
obern und wieder linke Volkspartei wer-  
den will, dann braucht sie emanzipatori-  
sche gesellschaftliche Alternativen zum  
Kapitalismus. Dabei geht es im Kern um  
demokratisch egalitäre Entwürfe einer  
anderen Welt.

Eine solche reale Utopie wäre bei-  
spielsweise die demokratisch gestaltete  
sozial-ökologische Transformation un-  
serer Gesellschaft. Deren Produktions-  
und Lebensweise muss sich ändern. Der  
fortschreitende Raubbau an den natür-  
lichen Ressourcen und der Klimawandel  
bedrohen Lebenschancen und Lebens-  
qualität. Der notwendige sozial-ökologi-  
sche Umbau ist aber nur erfolgreich zu  
gestalten, wenn abhängig Beschäftigte  
und Zivilgesellschaft demokratisch be-  
teiligt werden. Die Verbindung der so-  
zialen und ökologischen Frage mit der  
Demokratiefrage sollte wieder zu einem  
zentralen Anliegen der Sozialdemokra-  
tie werden. Die SPD könnte hier an die  
großen sozialdemokratischen und ge-



Karikatur: Economist

werkschaftlichen Debatten über Wirt-  
schaftsdemokratie (1920er, 1950er und  
1970er Jahre) anknüpfen.

Sozialdemokraten haben lange da-  
für gestritten, dass die gesellschaftli-  
che Macht über die Wirtschaft ausge-  
weitert wird. Gesellschaftliche Macht  
ist in diesem Zusammenhang mehr als  
die Macht des demokratischen Staa-  
tes. Es geht auch um die Selbstorganisa-  
tion der Bürger, Produzenten und Kon-  
sumenten. Demokratie darf nicht vor  
dem Werkstor enden. Die Unternehmen  
müssen stärker demokratisiert werden.  
Dafür sollten die betriebliche Mitbe-  
stimmung und die Unternehmensmit-  
bestimmung ausgeweitet und vertieft  
werden. Wirtschaftsdemokratie bedeu-  
tet aber auch eine stärkere demokra-  
tische Steuerung wirtschaftlicher Pro-  
zesse auf regionaler und sektoraler  
Ebene. Dies könnte beispielsweise mit-  
hilfe von Wirtschafts- und Sozialräten,  
Branchenräten sowie öffentlichen Inves-  
titionsfonds geschehen. Kapitalsammel-  
stellen in Arbeitnehmerhand – ange-  
lehnt an das Konzept des schwedischen  
Gewerkschaftsökonomen Meidner –  
könnten die gesellschaftliche Kontrolle  
über regionale und volkswirtschaftliche  
Investitionen ausüben. Dort, wo Märkte,  
Wettbewerb und Privateigentum ihren  
Wohlfahrtszweck nicht oder nur man-  
gelhaft erfüllen, müssten sie durch an-  
dere Eigentumsformen und Verfahren  
ersetzt werden. Bildung, Gesundheit  
und Pflege sind keine Waren, sondern  
öffentliche Güter. Sie sollten in einem  
öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen  
Sektor durch öffentliche Unternehmen,  
Genossenschaften und Wohlfahrtsver-

bände erbracht werden. Darüber hinaus  
umfasst Wirtschaftsdemokratie auch  
die demokratische Beteiligung von Be-  
schäftigten und Zivilgesellschaft an der  
Formulierung der allgemeinen Wirt-  
schaftspolitik (Geld-, Finanz-, Steuer-,  
Strukturpolitik, etc.).

Eine weitere reale Utopie wäre ein  
Recht auf gute Arbeit: ein individuell  
einklagbarer Rechtsanspruch auf exis-  
tenzsichernde, gesunde und sozial versi-  
cherte Arbeit. Auch hier bedarf es eines  
großen öffentlichen und gemeinwirt-  
schaftlichen Sektors, der die guten Ar-  
beitsplätze schafft, welche die privaten  
Unternehmen nicht anbieten.

Weitere emanzipatorische Projekte,  
die Herrschaft, Ungleichheit und Privi-  
legien infrage stellen, gibt es reichlich.  
Die sozialdemokratische Partei sollte  
wieder zu einem Ort werden, wo De-  
batten über gesellschaftliche Alterna-  
tiven ausgetragen werden. Diese De-  
batten sollten gemeinsam mit Linken,  
Grünen, Gewerkschaften, Umwelt- und  
Sozialverbänden sowie anderen zivilge-  
sellschaftlichen Organisationen geführt  
werden. Gemeinsames Ziel sollte sein,  
ein ausstrahlungskräftiges Leitbild einer  
Gesellschaft zu entwickeln, in der wir le-  
ben wollen.

Es gibt also viel zu tun. Mit einer  
konsequent arbeitnehmerorientierten  
Politik kann die SPD ihre Kompetenz  
in Gerechtigkeitsfragen stärken. And-  
rea Nahles hat mit ihrem Vorschlag für  
eine große Sozialstaatsreform zur Über-  
windung des Hartz-IV-Systems, bei aller  
berechtigten Kritik im Detail, eine rich-  
tige Richtung vorgegeben. Jetzt muss  
die SPD-Chefin gegen alle Widerstände  
Kurs halten, sonst hat sie verloren. Klar,  
das allein reicht nicht aus; wie ausge-  
führt, müsste sich die SPD auch in wirt-  
schaftspolitischen Fragen neu aufstel-  
len und dem nationalen Wohlfahrtsstaat  
künftig wieder mehr zutrauen. Dass es  
zu einer solchen Erneuerung kommt,  
ist nicht sehr wahrscheinlich, aber auch  
nicht unmöglich. Sollte der Sozialdemo-  
kratie ein inhaltlicher Neustart gelingen,  
könnte auch ein linkes Reformbünd-  
nis mittelfristig wieder gesellschaftlich  
mehrheitsfähig werden. Die Hoffnung  
stirbt bekanntlich zuletzt.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).  
Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).  
Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)